„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Die eingebildete Gefahr.

Wie wir in dieser Ausgabe des „Courier" unter Provinznachrichten mitteilen, hat der anglikanische Bischof Doull auf einer Synodalversammlung in Britisch Columbien einen Warnungsruf gegen das angeblich gefährliche Anwachsen der „foreign peoples" in Canada losgelassen. Es ist tief bedauerlich, daß wiederum ein hoher Würdenträger der anglikanischen Kirche in dasselbe Horn tutet, das der anglikanische Bischof George Exton Lloyd von Saskatchewan zum großen Verdruß weiter, wohlgesinnter und einsichtsvoller canadischer Kreise landauf und landab geblasen hat.

Wann wird man endlich einsehen, daß man durch Aufwühlen nationaler Leidenschaften und durch Aufrichtung einer hohen, trennenden Mauer zwischen eingeborenen und fremdgeborenen Canadiern der gemeinsamen canadischen Sache weit mehr schadet als nützt? „Blinder Eifer schadet nur!" Oder glauben Männer wie Bischof Lloyd und Bischof Doull, daß die als „Foreigners" verschrieenen Bevölkerungsgruppen Canadas all diese Angriffe und Beleidigungen einfach über sich ergehen lassen? Die Fremdgeborenen müßten Feiglinge und charakterlose Menschen sein, müßten jedes Gefühl für Selbstachtung und Mannesstolz verloren haben, wenn sie nicht gegen Verdächtigungen und Verunglimpfungen protestieren und ihre Ehre schützen würden. Die kräftigen Erwiderungen, die durch die Aeußerungen des anglikanischen Bischofs Lloyd herausgefordert worden sind und die mannhaft-mutige Parlamentsrede des ukrainischen Abgeordneten Luckkovitch in Ottawa, über die wir im „Courier" ausführlich berichtet haben, sollten doch fürwahr jeden Canadier vor einem neuerlichen Beschreiten des Kriegspfades warnen. Die ganz unausbleibliche Folge ist ein Kampf aller gegen alle, der gewiß nicht zur Stärkung der inneren canadischen Einheit beiträgt.

Solche Anwürfe und Schreckschüsse wie die des anglikanischen Bischofs Doull sind jedoch nicht nur taktisch unklug und ungeschickt, sondern auch grundsätzlich zu verwerfen. Eine unleugbare Tatsache ist, daß die meisten Einwanderer in verhältnismäßig kurzer Zeit die britische Untertanschaft erwerben, daß sie damit canadische Bürger werden und in dieser Eigenschaft ihren übernommenen Pflichten treu und loyal nachkommen. Nach dem hochamtlichen Dokument, das jedem naturalisierten Bürger ausgehändigt wird, tritt dieser ohne weiteres in die nämlichen Pflichten und Rechte ein, die jedem geborenen britischen Untertan zukommen. Mithin ist der naturalisierte Bürger grundsätzlich und faktisch ebenso vollberechtigt wie der eingeborene Canadier.

Weiterhin sollte auch der hartgesottenste Patent- und Hurrapatriot allmählich sich darüber klar werden, daß die nationalen Minderheiten nicht mehr von der Landkarte Canadas hinwegradiert werden können. Sie sind hier und bleiben hier. Sie werden wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft große und nützliche Werte zum Aufbau des wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens des Landes beitragen. Sie wollen den Frieden und die ungestörte und unbehinderte Arbeit. Sie verlangen keine Vorrechte, sondern nicht mehr als volle Gleichberechtigung. Gewiß, sie sind ein Faktor, mit dem man rechnen muß. Aber warum sich nicht in das Unabänderliche fügen? Warum nicht moralische Größe und staatsmännischen Weitblick statt kleinlicher Herrsch- und Streitsucht an den Tag legen?

Wer ehrlich und aufrichtig ein innerlich geeintes und dadurch gestärktes Canada erstrebt, muß die Angriffe auf die Fremdgeborenen als eine gefährliche Friedensstörung energisch ablehnen, die weit gefährlicher ist als die eingebildete Gefahr, welche der anglikanische Würdenträger in Britisch Columbien an die Wand gemalt hat.

Arbeiterpremier und Amerika.

Die neue englische Arbeiterpartei-Regierung beginnt ihre Laufbahn mit einem verblüffend originellen Schachzug, der von den herkömmlichen Ideen der Diplomatie abweicht. Premier Ramsay MacDonald teilte in der ersten Kabinettsitzung den versammelten Ministern seine Absicht mit, nach den Vereinigten Staaten zu reisen und in Washington durch persönliche Unterredungen, bei denen auch Canada vertreten sein würde, die friedlichen Beziehungen Großbritanniens mit den Ver. Staaten zu befestigen und die Abrüstung anzubahnen.

Man schließt daraus, daß der Premier, wiewohl er das Portefeuille des Aeußeren an Henderson abgegeben hat, der eigentliche Leiter der Außenpolitik des Arbeiterparteiministeriums sein wird, und erinnert sich, daß er auf dem Gebiete schon, als er zum ersten Male Premier war, besondere Ehre einlegte. Sein Schachzug wird bei allen Gruppen der öffentlichen Meinung Großbritanniens Anklang finden.

Seine Idee scheint zu sein, während der Parlamentsferien, von August bis Anfang September, in Washington zu weilen und sich mit Präsident Hoover in persönliches Einvernehmen zu setzen, falls die Sache der Washingtoner Regierung genehm sein sollte, was sich bereits kurz nach der Ankunft des neuen amerikanischen Botschafters, Charles G. Dawes, herausstellen dürfte. Im September gedenkt Premier MacDonald sodann der Session der Völkerbundversammlung in Genf beizuwohnen.

Der Londoner „Star", ein liberales Abendblatt, äußert sich enthusiastisch über die Idee des Premiers.

„Man kann sagen," heißt es in dem Artikel, „daß die Sterne der Idee MacDonalds hoch sind. Frieden und Abrüstung sind seine unmittelbaren Ziele, und für beide Bestrebungen sind alle Vorzeichen entschieden günstig. Ein neuer amerikanischer Botschafter kommt von einem neuen Präsidenten her, der unverkennbar den Oelzweig in der Hand hält. Ein neues britisches Parlament ist da, das für MacDonalds Absichten eine aus allen Parteien kommende Mehrheit liefern wird. Der neue Premier wird also, wenn er den richtigen Kurs einschlägt, ein unparteiisches Gefolge hinter sich haben, und er tritt sein Amt in dem Augenblick an, da die leidige Reparationsfrage ihrer Regelung entgegengeht. Das Barometer steht also auf „Schönwetter für große Dinge."

Zum Schluß stimmt der „Star" herzlich der Idee der Reise MacDonalds nach Washington zu.

Graf Andrassy gestorben.

Graf Julius Andrassy, der frühere Außenminister der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie, welcher Ende Oktober 1918 den Alliierten einen Sonderfrieden anbot, ist in Budapest an einer Lungenentzündung gestorben, die bei ihm nach einer schwergn Nierenoperation einsetzte. Er ist nicht ganz 69 Jahre alt geworden.

Graf Julius Andrassy war als zweiter Sohn des im Jahre 1890 verstorbenen gleichnamigen berühmten österreichisch-ungarischen Staatsmannes am 30. Juni 1860 geboren. Mit 25 Jahren trat er in das ungarische Abgeordnetenhaus und wurde im Jahre 1893 nach der Bildung des liberalen Kabinetts Weckerle Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern. Am 10. Juni 1894 zum Minister am kgl. Hoflager ernannt, trat er im Januar 1895 mit Weckerle zurück, schied 1898 mit seinem älteren Bruder Theodor aus der Regierungspartei aus und schloß sich erst nach dem Sturz Banffys der liberalen Partei Ungarns wieder an.

Nach dem im November 1904 veranstalteten parlamentarischen Putsch wurde Graf Julius Andrassy einer der leitenden Geister der aus der Vereinigung der Oppositionsparteien hervorgegangenen Verfassungspartei, als deren Vertrauensmann er nach dem Sturz Tiszas mit dem König Franz Josef verhandelte.

Nach dem kurzlebigen Fejervary-Kabinett kam am 6. April 1906 unter Weckerle ein Koalitionsministerium zustande, in welchem Graf Andrassy das Ministerium des Innern übernahm. Er unterbreitete dem Abgeordnetenhause eine Wahlreformvorlage. Am 17. Januar 1910 trat das Koalitionskabinett zurück, und ein Ministerium Tisza kam ans Ruder, dem Graf Andrassy heftigste Opposition machte, die er aber zu Beginn des Weltkrieges einstellte.

Am 24. Oktober 1918 übernahm er das österreichisch-ungarische Ministerium des Aeußern und bot der Entente in einer Note an den amerikanischen Präsidenten Wilson einen Sonderfrieden an, mußte aber bereits am 1. November zurücktreten.

Die deutsche Sprache im böhmischen Landtag.

Der Sprachenstreit in der böhmischen Landesvertretung, der zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der deutschen und der tschechischen Parteien führte, ist nunmehr durch ein Abkommen, das zwischen den Klubobmännern getroffen wurde, beigelegt worden. Danach müssen die deutschen Landesausschußbeisitzer oder Mitglieder der Landesvertretung oder der Ausschüsse die Berichte in der Staatssprache erstatten und können dann eine Uebersetzung in der Minderheitssprache beifügen. Dieselbe Bestimmung gilt auch für die Aussprache. Konkrete Anträge werden nur in der Staatssprache vorgelegt. In diesem Sinne soll auch in den Bezirks- und Gemeindevertretungen mit den Minderheiten verfahren werden.

Weltumschau

Flotte für Küstenschutz. Der Budgetausschuß des Reichstags bewilligte mit 15 gegen 13 Stimmen die zweite Baurate von 10,000,000 Mark für den viel umkämpften neuen Kreuzer „Ersatz Preußen". Im Laufe der Debatte erklärte Reichswehrminister Wilhelm Groener, die deutsche Flotte würde sich auf Schiffe zum Küstenschutze, wie kleine Kreuzer und Tauchboote, beschränken. Ein solcher Plan würde eine Ersparnis an Mannschaft bedeuten. Zum Betrieb des neuen Kreuzers sei eine Besatzung von 733 Mann notwendig.

Theodor Tantzen, Abgeordneter von Schleswig-Holstein und einer der Führer der Demokratischen Partei im Reichstag, gab den Ausführungen des Wehrministers seine Bestimmung. Er sagte: „Eine deutsche Flotte ist im Hinblick auf die Entwicklung unseres Welthandels eine Notwendigkeit, aber sie sollte auf den Schutz unserer Küste und unseres ausländischen Dienstes beschränkt sein."

Demonstration gegen Kriegsschuldlüge. Deutschland ist jedenfalls nicht geneigt, sich an einer internationalen und offiziellen Feier der 10. Wiederkehr des Tages zu beteiligen, an welchem der Vertrag von Versailles abgeschlossen wurde, obschon diese Feier den Charakter einer internationalen Trauerfeier tragen soll. Das Reichskabinett weigert sich entschieden, öffentlichen Behörden und Beamten die Beteiligung an einer derartigen Feier zu gestatten. Von zahlreichen patriotischen Vereinigungen ergingen Einladungen an den Reichspräsidenten, sich an dieser Feier zu beteiligen, alle wurden aber vom Reichspräsidenten zurückgewiesen. Die Folge war, daß auch patriotische und studentische Organisationen derartige Einladungen zurückwiesen, weil man sich an keiner Feier beteiligen will, in der Deutschlands Niederlage wieder in Erinnerung gebracht wird.

Stattdessen haben aber politische und studentische Organisationen für die Zeit vom 23. bis zum 30. Juni eine Gegendemonstration beschlossen, die mit einer Versammlung des Damenkomitees, welches sich gegen die Kriegsschuldlüge erklärt, ihren Anfang nehmen soll. An der Spitze dieses Komitees steht Frau Clara Mende, welche früher dem Reichstag angehörte, und man erwartet, daß sich jeder Deutsche an diesen patriotischen Feiern, in denen die Kriegsschuldlüge klargelegt werden soll, beteiligen werde.

König von Aegypten in Berlin. König Fuad von Aegypten ist zu kurzem Besuch in Berlin eingetroffen und mit königlichen Ehren empfangen worden. Reichspräsident von Hindenburg war dem hohen Gaste, der von Herrn Stohrer, dem deutschen Gesandten in Kairo begleitet ist, bis zum Bahnhof entgegengefahren. Dort fand die offizielle Begrüßung statt, an welcher außer dem Reichskabinett unter Führung von Reichskanzler Müller, die Spitzen der preußischen und städtischen Behörden teilnahmen. Eine militärische Eskorte, bestehend aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie, gab dem Monarchen das Geleite durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Prinz Albrecht Palais an der Wilhelmstraße, den der König während seines Hierseins bewohnte.

Im Laufe des Tages stattete der König dem Reichspräsidenten einen offiziellen Besuch ab. Er verblieb über eine Stunde im Präsidenten-Palais in anregender Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Später erschien Reichskanzler Müller zum Anstandsbesuch bei König Fuad.

Gegen das Reparationsabkommen. Nach dem ostentativen Rücktritt des Großindustriellen Dr. Vögler als deutscher Delegat zur Reparationskonferenz unmittelbar vor Schluß der Pariser Verhandlungen ist es nicht zu verwundern, daß nunmehr die Industriemagnaten des Ruhr- und Rheinlands, deren Sache er in erster Linie führte, offen gegen den Young-Plan Stellung genommen haben. Sie machen geltend, unter dem Young-Plan werde die politische Schuld, wie sich unter dem Dawes-Plan die Reparationen darstellen, in eine kommerzielle, private Schuld umgewandelt. Damit sei jede spätere Revision des Planes ausgeschlossen. Die Industriemagnaten wollen daher die Ratifizierung des Young-Plans mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, wenn irgend möglich, hintertreiben. Auf der anderen Seite treten die Regierungsparteien der Großen Koalition beinahe geschlossen für die Pariser Abmachungen ein.

Graf von Westarp, Führer der Deutschnationalen, verurteilte den Young-Plan in einer öffentlichen Versammlung zu Berlin. Er kündigte den Entschluß der Deutschnationalen an einen erbitterten Kampf gegen die Annahme des Planes zu führen. Auf Grund des Young-Abkommens habe sich Deutschland vollkommen ausgeliefert und habe sich gefesselt der willkürlichen Oberhoheit der Alliierten in die Hände gegeben.

Nach Young-Plan Rheinlandräumung. Als erster der Reichsminister hat Justizminister Theodor von Guerard auf einem Parteitag der pfälzischen Gruppe des Zentrums in Pirmasens, der großen Zentrale der deutschen Schuhindustrie, Stellung zu dem Bericht der Pariser Reparationskonferenz genommen. In einer längeren Rede erklärte er, der Young-Plan komme einer endgültigen Liquidierung der nachkriegszeitlichen Probleme gleich und dürfe als Grundlage einer neuen Sicherung der Wirtschaft des Reiches angesprochen werden. Der Minister fügte aber sofort hinzu, der Durchführung des neuen Reparationsplanes müsse unter allen Umständen die sofortige Befreiung des Rheinlands vom fremden Joch folgen.

„Die größte Wichtigkeit für Deutschland in dem Pariser Uebereinkommen," fuhr der Redner fort, „ist in der Tatsache zu suchen, daß endlich einmal die Gesamtsumme der deutschen Reparationen fixiert ist, und daß die Jahreszahlungen im Vergleich zum Dawesplan wesentlich herabgesetzt worden sind. Der Young-Plan bedeutet die endgültige Liquidierung des Weltkrieges und zweifellos wird unter ihm die deutsche Souveränität in finanzieller Beziehung erneut errichtet. Alle Parteien des Reiches sind sich indes in der Forderung einig, daß auch die politische Souveränität des Reiches im Rheinland wieder hergestellt werden muß, mit einem Wort, Rheinland und Saarbecken müssen vom fremden Joch befreit werden." — Langer, frenetischer Beifall folgte den Worten des Redners.

Raditsch-Mörder verurteilt. Puniza Ratschitsch, früherer Abgeordneter im jugoslawischen Parlamente, wurde wegen der Ermordung des Kroatenführers Stephan Raditsch bei einer Schießerei in der Abgeordnetenkammer am 20. Juni vorigen Jahres zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die früheren Abgeordneten Popowitsch und Komanowitsch, die unter der Beschuldigung der Beihilfe unter Anklage standen, wurden freigesprochen.

Ratschitsch wurde zu 60½ Jahren Zuchthaus verurteilt; da das jugoslawische Strafrecht aber keine längeren Strafen als 20 Jahre kennt, wird er nur 20 Jahre im Gefängnis zu bleiben brauchen, und auf diese Zeit wird ihm auch die Untersuchungshaft von nahezu einem Jahre voll angerechnet werden. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig und gefaßt auf.

Bei der Urteilsverkündung erklärte das Gericht, daß die von ihm begonnene Schießerei im Parlament „in starker Erregung und ohne vorherigen Plan oder bestimmte Absicht vollbracht wurde."

Außer Stephan Raditsch waren zwei andere Abgeordnete, Paul Raditsch, der Neffe des Kroatenführers, und M. Bassarizek, getötet worden, als Ratschitsch mitten in einer erhitzten Debatte seinen Revolver zog und blind auf die kroatischen Abgeordneten zu schießen begann.

Wegen der Ermordung von Stephan Raditsch und Dr. Bassarizek wurde Ratschitsch zu 5½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen versuchter Ermordung des Abgeordneten Grandschik erhielt er fünf Jahre und wegen versuchter Ermordung des Abgeordneten Pernar ein halbes Jahr Zuchthaus.

Schwedischer Ozeanflug mißglückt. Das schwedische Wasserflugzeug „Sverige" wurde auf seinem Fluge Stockholm—New York bei Skaptaros an der Südküste von Island infolge Bruchs einer Benzinzuführung zum Motor zu einer Notlandung gezwungen. Obwohl Kapitän Ahrenberg und seine beiden Begleiter, Leutnant Axel Floden und Mechaniker Hans L. Junglund, Reykjavik auf Island nicht erreichten, wo sie neuen Brennstoff aufnehmen wollten, um ihren Flug nach New York fortsetzen zu können, erreichten sie doch trotz des Schadens an ihrem Apparat einen sicheren Landeplatz.

Ihr Junkers-Eindecker war nach Passieren der Faroe-Inseln in einen starken Gegenwind geraten, aber mit Hilfe ihres Funkapparates hatten sie die Welt von ihrer Lage unterrichtet gehalten. Eine ihrer ersten Meldungen nach der Landung erklärte, daß der Weiterflug unsicher wäre, da die Gegenwinde das Flugzeug bereits hinter seinen Flugplan hätten fallen lassen, der die Möglichkeit eines regelmäßigen Betriebes über die nördliche Route hatte beweisen sollen. Kapitän Ahrenberg hatte den Flug über Grönland nach Amerika fortsetzen wollen.

In der Ladung des Flugzeuges befanden sich etwa 2,500 Briefe, einige neue Kravatten für Manor Jimmy Walker von New York und ein neuer Hut für den schwedischen Generalkonsul.

Aktienbörse in Luxemburg. Die Stadt Luxemburg mit 30,000 Einwohnern hat eine Aktienbörse eröffnet. Das Experiment wird besonders mit Rücksicht auf die Wirkungen an den Börsen von Antwerpen, Brüssel und Paris beobachtet. Die Luxemburger Aktienbörse ist eine Privatgesellschaft, die von einem Direktorium geleitet wird, das das Verwaltungspersonal ernennt. Jede Firma, die sich um einen Sitz an der Börse bewirbt, muß ein Aktienkapital von mindestens 5,000,000 belgischen Franken nachweisen können.

Völkerbundsrat in Madrid. Der Völkerbundsrat trat in Madrid-Spanien, zu seiner Ratsversammlung zusammen, indessen war diese nur von kurzer Dauer, da Komiteefragen zu besprechen waren und außerdem eine ganze Anzahl geselliger Veranstaltungen für die Delegaten veranstaltet wurden. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf Dr. Gust. Stresemann, den Vertreter Deutschlands. In der ersten Versammlung erfolgte nur eine Begrüßung seitens der japanischen Regierungsbeamten und ein kurzer Gedankenaustausch mit den Vertretern auswärtiger Nationen.

Die erste Frage nach der Eröffnung der Versammlung war die Besprechung der Minoritätenfrage, die aber bereits vorgearbeitet war. Vittorio Scialoja von Italien eröffnete die Versammlung, trat die Leitung aber sofort an Mineichiro Adachi, den japanischen Botschafter in Paris ab, der während der ganzen Sitzung den Vorsitz führen wird. Die Eröffnungsansprache hielt Premier Primo De Rivera, welcher darauf verwies, daß es sich um eine Versammlung zur weiteren Förderung des Friedens handle. Jeder Sitz in der Halle war besetzt und Tausende standen außerhalb derselben, um durch die offenen Fenster die Reden zu hören und dem internationalen Treiben zuzusehen.

Ueberfall auf holländische Kolonie. Eine bewaffnete Mannschaft, angeblich Venezuelaner, überfiel die Hafenstadt der Stadt Willemstad (Holländisch-Westindien), nahm später den Gouverneur und Garnisonskommandanten sowie etliche Soldaten gefangen und fuhr mit ihnen in die See hinaus. Stundenlang war die Stadt in der Gewalt der Angreifer. Mehrere Polizisten wurden bei dem Versuche, die Venezuelaner zu vertreiben, getötet.

Die Gefangenen wurden an Bord des kleinen Dampfers „Maracaibo" gebracht, der unter amerik. Schiffsregister fährt, und das Schiff verließ dann den Hafen nach einem unbekannten Bestimmungsort.

Mehrere holländische Kriegsschiffe befinden sich auf der Fahrt über den atlantischen Ozean unter Volldampf nach Curacao zwecks Verstärkung der Garnison von Fort Amsterdam, wo eine Gruppe venezuelanischer Aufständischer eine Revolte unternommen hat, die in der Entführung des Gouverneurs endigte.

Das Analphabetentum in Rußland.

Der zur Bekämpfung des Analphabetentums auf dem Gebiete der allrussischen Sowjetrepublik ausgearbeitete „Kriegsplan" wird in vielen Bezirken nur sehr ungenügend durchgeführt oder überhaupt nicht beachtet. Nach den bisher vorliegenden Angaben werden in diesem Jahre nur etwa 18 v. H. von den zur Schulung vorgemerkten Bevölkerungsschichten Unterricht im Lesen und Schreiben erhalten. Es handelt sich dabei keineswegs um Mangel an Geldmitteln. Das Gouvernement Tiger hat im vorigen Jahre 45,000 Rubel zurückbehalten, d. h. unausgenutzt gelassen. Die Sowjetblätter haben also nicht unrecht, wenn sie die Gleichgültigkeit und Trägheit der provinziellen Organisationen als eigentliche Ursache der geringen Erfolge anklagen.

— Nach Ansicht des Pullman-Portiers ist der ein „großer Mann", der das größte Trinkgeld gibt.

Die Geburt eines Film-Manuskriptes.

Von Jos. Polonsky,
Metro-Goldwyn-Mayer, Culver City, California.

Sie ist nicht so einfach, wie der Laie vielleicht denkt. Zuerst war da die Idee, und oft nur eine recht vage — vielleicht in der Form eines Titels, eines Gedankens, oder eines Erlebnisses — die die Fantasie eines Autors befruchtete und sich in seinem Hirn dann nach und nach vergrößerte und verdichtete, bis sie sich zu einem regelrechten Manuskript, oder, wie man in Amerika sagt, zu einer „story" auswuchs.

Ein „Outsider", der das Kind seiner Feder direkt an einen Regisseur oder ins Atelier sendet, wird in den allerseltensten Fällen das Glück einer Annahme haben. Die Produzenten müssen hinsichtlich der Quelle eines Manuskriptes absolut sicher gehen, weil, besonders in den letzten Jahren, zu viele Plagiatsprozesse Zeit und Geld gekostet haben.

So wird denn jede Einsendung erst einmal registriert. Dann geht sie ins Lese-Department, wo Angestellte, erfahren in der Beurteilung eines Sujets hinsichtlich seiner filmischen Möglichkeiten, sie lesen und im positiven Falle eine Synopsis, eine Inhaltsangabe, ausarbeiten.

Diese wandert zum Leiter des Scenario-Departments. Findet sie Gnade vor seinen Augen, so wird sie und gleichzeitig das Originalwerk einer Gruppe von erfahrenen Drehbuchverfassern vorgelesen, und wenn die Anwesenden für eine Annahme gestimmt haben, und ein Regisseur vorhanden ist, dessen Talent der speziellen Eigenart des Sujets liegt, so ist dieses noch lange nicht angenommen. Denn nun kommt der Produktionsmanager und rechnet die Kosten aus. Wenn diese den Etat, den die Firma für ihre einzelnen Filme festgesetzt hat, nicht überschreitet, so wird noch darüber entschieden, ob man einen Star, einen Ensemble oder einen Spezial-Film herstellen soll und versucht, sich für die Darstellung der verschiedenen Charaktere geeignete Künstler zu sichern, soweit sie nicht bereits unter festem Kontrakt stehen.

Dann erst kann der Autor der Original „story" sein mehr oder weniger bedeutendes Honorar einstreichen; und ein anderer Dramaturg, der mit den Persönlichkeiten und Eigenarten der gewählten Darsteller besonders gut vertraut ist, begibt sich mit dem Regisseur in ein stilles Kämmerlein, wo beide im Schweiße ihres Angesichts und mit der entsprechenden Begeisterung das endgültige Drehbuch komponieren.

Botschafter Schurman 75 Jahre alt

Berlin. — Präsident von Hindenburg und viele bedeutende deutsche Regierungsbeamte gratulierten dem amerikanischen Botschafter Jacob Gould Schurman zu seinem 75. Geburtstage. Der Präsident übersandte dem Botschafter sein von ihm selbst unterzeichnetes Portrait, während Reichskanzler Müller und Außenminister Stresemann dem Jubilar ihre Glückwünsche darbrachten.

Von Heidelberg kam ein Geburtstagsgeschenk der Stadt für ihren Ehrenbürger, eine Mappe mit zwei seltenen Farbenaufnahmen der Stadt von Johann Jacob Striedt.

— Die Nationalistische Regierung in China hat 25 Tage des Jahres als „Nationale Tage der Demütigung" festgesetzt. Jeder dieser Tage soll das Volk daran erinnern, wie ihm von einer auswärtigen Macht eine Demütigung zuteil geworden ist. Solche Feiertage werden das chinesische Volk kaum erheben, sie werden nur die Haßgedanken gegen die Fremden erhalten und mehren.

Saskatchewan
an der Schwelle einer großen
Zukunft!

Das ist es, was uns
„The Saskatchewan Year Book"
zuruft, das kürzlich im Verlage der Western Printers Association zu Regina für das Jahr 1929 erschienen ist.

Wer —
über die canadische Regierung in Ottawa, über unsere Provinzregierung, über die Munizipalitäten von Saskatchewan, über die Gerichte, Reichsämter, die Militär- und Polizeibehörden Auskunft wünscht,

Wer —
die Listen der Geistlichen aller Konfessionen haben oder über Aerzte, Zahnärzte und Apotheken sich orientieren möchte,

Wer —
die großen Städte Regina, Saskatoon und Moose Jaw näher kennen lernen will,

Wer —
sich für Weizenpool, Weltgetreidebelieferung, Eisenbahnen, Handel, Luftverkehr, Universitäten, Kollege, Theater, Sport usw. interessiert,

Wer —
dazu noch einige fesselnde Erzählungen lesen möchte,

greift zum
Saskatchewan Year Book
(Mit zahlreichen Bildern und einer Automobilkarte ausgestattet.)
Sie erhalten das „Saskatchewan Year Book 1929" (in englischer Sprache) gegen Einsendung von 50 Cents von der
Western Printers Association Limited
1835 Halifax Straße. Regina, Sask.